

VAN DER BELLEN  VERTRAUEN

Zeit für Grün
Das Grüne Programm



Liebe Wählerin,
lieber Wähler!

Ich freue mich, Ihnen unser **Wahlprogramm** präsentieren zu können. Mit dem vorliegenden Text möchte ich Ihnen zeigen, in welchen Bereichen wir Grüne die großen Herausforderungen, aber auch Chancen für Österreich in den nächsten acht Jahren sehen. Wir wollen einen Staat, der den sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bedürfnissen der Menschen gerecht wird.

Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, die in respektvollem Umgang miteinander die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung legt. Es soll darin reichlich Platz für **individuelle Lebensentwürfe, Selbstbestimmung und Solidarität** geben. Dazu brauchen wir eine gerechte Sozialpolitik, die vor Armut schützt und den einzelnen Menschen in seinem Werdegang unterstützt. Das bedeutet ein Bildungssystem, das Kreativität und Initiative fördert; ein Gesundheitssystem, das jedem Menschen in gleichem Maße zur Verfügung steht; das bedeutet gleiche Chancen für Frauen und Männer aller Lebensalter; das bedeutet Medienfreiheit und einen Staat, der die Menschen mit all ihren Rechten in den Mittelpunkt stellt.

Ohne den Schutz unserer Umwelt wird all das nicht möglich sein:

Sie ist es, die unsere Lebensgrundlage ausmacht. Wir treten daher für eine Politik ein, die diese Verantwortung wahrnimmt.

Wir möchten Ihnen nicht vormachen, dass allen in Österreich wie auf globaler Ebene geschehenden Umbrüchen einfach zu begegnen wäre. Doch sind sie zu bewältigen, wenn wir gemeinsam an den Zukunftsperspektiven arbeiten. Und wenn wir dabei im Sinne einer positiven Globalisierung auch die Interessen der Menschen in anderen Ländern mitdenken und respektieren.

Auf diesem Weg stellen wir Grüne drei zentrale Werte in den Mittelpunkt unserer Vorhaben: Es sind dies **Lebensqualität, Gerechtigkeit und Freiheit**.

Wenn auch Sie eine solche nachhaltige Entwicklung wollen, bitte ich Sie, uns Grünen am **1. Oktober** Ihre Stimme und damit Ihr Vertrauen zu geben.

Alexander Van der Bellen
Alexander Van der Bellen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
1 Lebensqualität	4
1.1 Grüne Energiewende	4
1.2 Grünes Wachstum	6
1.3 Alles Bio	7
1.4 Kinder und Jugendliche	9
1.5 Sport	10
2 Gerechtigkeit	11
2.1 Raus aus der Armut	11
2.2 Vorrang für Frauen	13
3 Freiheit	16
3.1 Bildungsland Österreich	16
3.2 Niemanden ausgrenzen	17
3.3 Freiheit statt Bevormundung	20
4 Österreich in internationalen Beziehungen	23
4.1 Europa	23
4.2 Sicherheit	24
4.3 Globalisierung und Außenpolitik	25

1 Lebensqualität

1.1 Grüne Energiewende



Lebensqualität bedeutet in einer unversehrten Umwelt zu leben. Die Verantwortung dafür liegt bei uns: Wir alle gestalten Umwelt. Ein Umdenken in der Energiepolitik ist eine wesentliche Voraussetzung für eine intakte Umwelt auch in der Zukunft. Wir Grüne stehen für eine Energiewende hin zu einem Aufbruch ins Solarzeitalter. Wir treten für die Versorgung aus erneuerbaren Energiequellen wie Sonne, Biomasse, Wind, umweltverträgliche Wasserkraft und Erdwärme ein – und für eine effiziente, sparsame und umweltschonende Energienutzung. Wir wollen eine aufkommensneutrale ökologisch-soziale Steuerreform, die Wirtschaftsunternehmen sowie auch Ihren Haushalt entlasten wird. Und wir wollen eine Verkehrspolitik, die uns allen auf sanfte und nachhaltige Weise Mobilität ermöglicht.

Umweltschutz durch Nutzung erneuerbarer Energien

Wir Grüne stehen für Ökostrom und Energiesparen statt Atomstrom. Wir wollen den Anteil erneuerbarer

Energien an der Stromerzeugung auf 85 Prozent bis ins Jahr 2015 steigern. Parallel dazu möchten wir mit Energiesparprogrammen den Stromverbrauch der Haushalte ohne Komfortverlust um bis zu 20 Prozent senken. Das beinhaltet die Unterstützung des Umstiegs auf das Heizen mit Pellets, Holz und Solarenergie. Einem durchschnittlichen Haushalt erspart das an die 250 Euro Heizkosten pro Jahr. Ein Sanierungsprogramm bringt bis 2015 mindestens 100.000 alte Wohngebäude – und damit möglicherweise auch Ihres – auf Passivhaus-Standard. Damit können sich Ihre Heizkosten um bis zu 95% reduzieren. Im Neubau wird das energiesparende Passivhaus zum Normalfall.

Klimaschutz durch eine ökologisch-soziale Steuerreform

Lebensqualität braucht einen bedachtsamen Umgang mit Umweltressourcen. Wir Grüne möchten diesen mit der schrittweisen Einführung einer aufkommensneutralen ökologisch-sozialen Steuerreform unterstützen.

Dadurch entstehen zudem neue Arbeitsplätze. Österreichische Technologien garantieren bereits heute eine auf Dauer leistbare, unabhängige und saubere Energieversorgung. Wir können diese gemeinsam nutzen und daraus eine weltweit erfolgreiche Handelsmarke machen.

Wir Grüne wollen mit der ökologisch-sozialen Steuerreform die Privathaushalte über die Ausbezahlung eines Umweltgeldes an alle BürgerInnen um 1,8 Milliarden Euro pro Jahr entlasten. Die lohnsummenbezogenen Abgaben werden mit unserem Modell um 1,2 Milliarden Euro pro Jahr reduziert. Sinnvolle Energiepolitik bedeutet Kostenwahrheit. Daher wollen wir Grüne im gleichen Umfang die Steuern auf umwelt- und gesundheitsschädliche Energieträger (wie Kohle, Öl, Gas) und Verkehr erhöhen. Insbesondere der LKW-Verkehr wird durch eine Anhebung und Ausweitung der LKW-Maut zu mehr Kostenwahrheit verpflichtet. Die ungerechtfertigte Steuerlücke zwischen Diesel und Benzin schließen wir stufenweise.

Unser Ziel ist eine jährliche aufkommensneutrale Steuerumschichtung von 3 Milliarden Euro. Erneuerbare Energie aus Wind, Sonne, Biomasse und Kleinwasserkraft bleibt steuerfrei und wird damit konkurrenzfähig.

Langfristig führt die Grüne Energiewende zu einer 100-prozentigen Versorgung Österreichs mit erneuerbaren Energien. Für uns Grüne stellt das ein zentrales Projekt für die Zukunftssicherung, für hohe Lebensqualität und soziale wie auch wirtschaftliche Stabilität in Österreich dar.

Umweltschutz bringt neue Arbeitsplätze

30.000 neue Arbeitsplätze können durch die ökologisch-soziale Steuerreform geschaffen werden. Beschäftigungsintensive Unternehmen wie Dienstleistungsbranchen und Forschungsbereiche profitieren stark. Die Gesamtsteuerlast ändert sich für die meisten Unternehmen jedoch nur geringfügig.

Wir Grüne sehen, dass Österreich als Brücke zum Osten und zu Südosteuropa bei der Sanierung der Umwelt eine besondere Rolle zukommt. Darüber hinaus bieten Länder wie China oder Indien riesige Potenziale für unsere Umweltwirtschaft. Der Know-How-Transfer in der Umweltechnologie bringt gleichermaßen ökologischen Fortschritt und Arbeitsplätze für die Menschen in Österreich und anderer Länder.

Keine Abhängigkeit von Öl und Atomenergie

Durch all diese Maßnahmen stellen wir sicher, dass Österreich nicht noch stärker von Öl- und Gasimporten abhängig wird, denn schon heute sind die Heizkosten für viele Haushalte zum existentiellen Problem geworden. Wir alle kennen die düsteren Prognosen, falls es nicht zu einem raschen Umdenken in der Energiepolitik kommt: Wasserknappheit, Überflutungen, Kriege um Ressourcen und Millionen Umweltflüchtlinge. Österreich ist konkret betroffen: Überflutungen, Muren und Hitzeperioden häufen sich. Wir Grüne stellen uns daher entschieden gegen die veraltete Form der Energiepolitik und stellen ihr die Grüne Energiewende entgegen.

Eine Koalition gegen Atomenergie

Österreich hat eine lange Geschichte der Ablehnung von Atomenergie. Die meisten Menschen sehen durch Atomkraftwerke völlig zu Recht ihre Lebensqualität drastisch bedroht. Wir Grünen treten für eine Allianz für ein atomkraftfreies Europa ein. 17 EU-Staaten sind atomkraftfrei oder haben den Atomausstieg bereits beschlossen. Unser Ziel ist die Reform des Euratom-Vertrages und ein Stopp der Milliardensubventionen für die Atomindustrie.

Sanfte Mobilität

Die Grüne Energiewende bedeutet auch eine Wende in der Verkehrspolitik. Wir Grüne möchten dafür sorgen, dass Österreich nachhaltig mobil wird. Die Öffentlichen Verkehrsmittel als kostengünstigste, sicherste und umweltverträglichste Form von Massenmobilität

werden ausgebaut. Mit transparenter Finanzierung, zusätzlichen Mitteln und einem bundesweiter Taktverkehr bringen wir Bahn und Bus auf die Überholspur. Dazu gehört die gesetzlich garantierte Mindesterschließung in ganz Österreich. Dadurch wird die Nutzung bequem – und wir sichern 170.000 Arbeitsplätze.

Wir Grüne wollen mehr finanzielle Gerechtigkeit für PendlerInnen durch ein einheitliches, entfernungsabhängiges Mobilitätsgeld. Umweltschonendes Verhalten möchten wir belohnen. Mit Pflanzenölen, anderen Biotreibstoffen aus heimischer Produktion und neuen Antriebstechnologien wird der Verkehr umweltschonender und die Regionalwirtschaft belebt. Darüber hinaus machen wir das Radfahren mit einem „Masterplan Rad“ attraktiver und sicherer. Länder und Gemeinden erhalten dafür jährlich 10 Millionen Euro.

1.2 Grünes Wachstum

Lebensqualität bedeutet für uns Grüne ein Wachstum, das umweltgerecht, innovativ und sozial verträglich ist. In der österreichischen Umweltindustrie sehen wir diesbezüglich eine große Chance. Sie gehört zu den besonders schnell wachsenden Wirtschaftszweigen und gilt als viel versprechender Zukunftsmarkt. Innovative Unternehmen sorgen dafür, dass Österreich hier eine Führungsrolle einnehmen kann.

Die Verbindung von Umweltschutz, Nachhaltigkeit, Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen ist möglich

Wir alle können dazu unseren Beitrag leisten. Der Staat hat Vorbildwirkung. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass der öffentliche Sektor die Energiesysteme rasch auf erneuerbare Energie umstellt und so selbst die erste Nachfragerwelle schafft. Parallel dazu soll die Umsetzung von EU-Umweltrecht auf hohem Niveau ebenso neue Anreize für Öko-Investitionen bieten wie die Staffelung der Wohnbauförderung nach umweltgerechten Kriterien.

Weg von der Straße

Wir alle sind vom ständig wachsenden Verkehr, insbesondere dem wachsenden Transitverkehr, bedroht. Wir Grüne möchten dem entgegenreten und parallel dazu die Verkehrssicherheit steigern. Dazu gehören für uns eine Verstärkung der LKW-Kontrollen, höhere Strafen für Sicherheits- und Arbeitszeitvergehen im Transportgewerbe und eine Verbesserung des Punkteführerscheins (Vormerksystem). Das bedeutet darüber hinaus eine intelligente Logistik im Güter- und Transitverkehr und eine weitgehende Verlegung auf die Bahn. Das kostet Geld. Durch Straßeneinnahmen, wie die erweiterte LKW-Maut, sind 200 Millionen Euro zusätzlich möglich. Wir möchten diese in die Verbesserung des Bahnnetzes investieren. Mit einem Generalplan Lärmschutz dämmen wir Verkehrslärm und den besonders beeinträchtigenden Fluglärm ein und sorgen auch für Sie für Nachtruhe und mehr Lebensqualität.

Durch gezielte Investitionen in den öffentlichen Verkehr, erneuerbare Energien und Wohnbausanierung wollen wir den heimischen Markt stärken. Das nützt uns allen. Hier liegt das Potenzial von 50.000 Arbeitsplätzen bis ins Jahr 2015.

Potenziale nützen und fördern

Forschung und Bildung gehören zum unverzichtbaren Kapital eines Staates, seiner Bevölkerung und seiner Wirtschaft. Die diesbezüglichen Versäumnisse der Bundesregierung sind Besorgnis erregend.

Wir Grüne sehen in der Forschung und ihrer Förderung das Potenzial unserer gemeinsamen Zukunft. Wir engagieren uns dafür, dass das vereinbarte EU-Ziel von 3 Prozent des BIP als Forschungsquote nicht nur eingehalten sondern innerhalb von sechs Jahren überschritten wird. Auf diese Weise möchten wir Österreich neben Schweden und Finnland an die EU-Spitze stellen. Dadurch können 10.000 Arbeitsplätze entstehen.

Bessere Ausbildungsmöglichkeiten im Rahmen der Umwelttechnik gehören für uns Grüne ganz selbstverständlich dazu. Die Forschung im Rahmen von Energie, Umwelttechnologie und Gesundheit möchten wir im gemeinsamen Interesse besonders fördern.

Forschungsfreiheit erhalten

Eine Demokratie benötigt auch die Unterstützung von Forschung jenseits wirtschaftlicher Interessen. Neben der Förderung von naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen sollen die Geistes- und Kulturwissenschaften einen angemessenen Stellenwert in der Forschungsfi-

nanzierung bekommen. Technologiefolgenabschätzung und Wissenschaftsethik wollen wir zu integralen Bestandteilen universitärer Lehre und Forschung machen. Als Wissensgesellschaft brauchen wir diese Forschungsfreiheit, die uns allen zu Gute kommt.

Aus demselben Grund setzen wir Grüne uns für die bessere Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (Tenure-Track-Modell nach anglo-amerikanischem Vorbild) und von Frauen inner- und außerhalb der Universitäten ein. Bildung darf nie aufhören – lebenslanges Lernen muss für alle Menschen möglich sein.

1.3 Alles Bio



Lebensqualität ist selbstverständlich mit Essen verbunden. Wir alle brauchen die Gewissheit, gesunde, verträgliche und geschmackvolle Lebensmittel zu erhalten. Für viele Menschen – vielleicht auch für Sie – gehören gentechnikfreie Lebensmittel dazu. Die verstärkte Hinwendung zu biologischen Lebensmitteln spiegelt

dieses Bedürfnis. Wir Grüne sind davon überzeugt, dass in der Gentechnikfreiheit die große Chance der heimischen Lebensmittelproduktion liegt. Wir wollen sie zum Markenzeichen österreichischer Qualitätsproduktion machen.

Lebensmittel ohne Gentechnik

Wir Grüne setzen uns für eine Landwirtschaft ein, die ohne Gentechnik auskommt. Über ein sofortiges Verbot von Gentechnik in Nationalparks, Natura-2000-Gebieten und in der ökologisch sensiblen (grenzüberschreitenden) Alpenregion möchten wir die Gentechnikfreiheit in Österreich sichern. Dazu gehört der Aufbau von immer mehr gentechnikfreien Regionen. Die Vielfalt in der Natur, die Biodiversität, soll erhalten bleiben. Wir Grüne möchten sie in unser aller Interesse schützen. Deshalb wollen wir die Produktion und Verwendung von gentechnikfreiem Saatgut im Agrarumweltprogramm (ÖPUL) verankern.

So sehr viele Menschen gänzlich auf Gentechnikprodukte verzichten möchten, so wenig ist es möglich deren Import EU-rechtlich zu verbieten. Daher setzen wir uns für klar verständliche Kennzeichnungsregeln ein, die auch Ihnen die Vermeidung von Gentechnik in Ihrem Essen ermöglichen. Gentechnikfreie Produkte möchten wir fördern.

Generell sehen wir Grüne im Ausbau des KonsumentInnen-schutzes eine wesentliche Hilfe, sich angesichts der Überfülle des Warenangebots noch zurecht zu finden. Wir treten für eine klar lesbare Kennzeichnung von Produkten, bessere Information durch ein VerbraucherInnen-Informationsgesetz, sowie die Veröffentlichung von Untersuchungsdaten ein. Mit einem Verbandsklagegesetz, das Sammelklagen erleichtert, wollen wir die KonsumentInnenrechte besser rechtlich durchsetzbar machen.

Die landwirtschaftliche Unabhängigkeit sichern

Das Wachstumspotenzial für biologischen Landbau in Österreich ist noch lange nicht ausgeschöpft. Wir Grüne sehen darin das Leitbild für die österreichische Landwirtschaft. Der Biolandbau sorgt für fruchtbare Böden, sauberes Trinkwasser, Klimaschutz und Artenvielfalt. Neben diesen wichtigen Funktionen sichern kurze Transportwege frische Produkte. Lebensqualität

ist ohne biologischen Landbau nicht denkbar.

Wir Grüne wollen die bäuerlichen Betriebe Österreichs erhalten. Da unsere Landwirtschaft klein strukturiert ist, stellt eine ökologische Lebensmittelproduktion die einzig zukunftsweisende Strategie dar. Wir Grüne möchten die daraus entstehende hohe Qualität als unverwechselbares Markenzeichen positionieren. Unser Ziel ist es, innerhalb von zwei Legislaturperioden die Anbaufläche für biologische Produkte in Österreich zu verdoppeln. Über ein gemeinsames Marketing für Bio-Produkte und die Vernetzung von Bio-Regionen wollen wir Grüne bei der Ausschöpfung des Entwicklungspotenzials helfen. Wir sind davon überzeugt, damit auch für zusätzliche Anreize im Tourismus zu sorgen.

Insgesamt können wir damit neue Arbeitsplätze schaffen und bestehende sichern. Parallel dazu möchten wir die (Aus)Bildungsangebote zu biologischem Landbau und gesunder Ernährung, sowie die Bio-Forschung stärken.

Selbstverständlich treten wir Grüne dafür ein, dass die Prinzipien der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit auch für die Bäuerinnen und Bauern in den Herkunftsländern von Kaffee, Tee und beispielsweise Bananen gelten. Deshalb unterstützen wir den Fairen Handel.

Gesundes und biologisches Essen für alle

Gesundes und biologisches Essen soll kein Luxus sein. Wir Grüne möchten den Einzug von biologischer Küche in allen öffentlichen Einrichtungen des Bundes umsetzen. Das gilt für die Versorgung mit Bioprodukten in Großküchen von Kindergärten, Schulen, Universitäten, Spitälern, SeniorInnenwohnhäusern. Zudem fair gehandelte Produkte geben uns die Sicherheit, dass Menschen in den so genannten Entwicklungsländern fair bezahlt und keine Kinder ausgebeutet werden. Wir Grüne möchten, dass private Firmen bei der Umstellung ihrer Betriebsküchen hin zu biologischen und fair gehandelten Produkten unterstützt werden. Wir hoffen, durch diese Maßnahmen auch Ihre Lebensqualität im Alltag erhöhen zu können.

Keine Massentierhaltung

Wir Grüne betrachten Tiere nicht als „Produktionseinheiten“ sondern als empfindungsfähige Lebewesen. Tierhaltung muss sich daher an den art eigenen Bedürfnissen der Tiere orientieren. Wir wollen den Tierschutz konsequent durchsetzen. Das Bundestierschutzgesetz, für das wir Grüne gekämpft haben, setzt mit dem Verbot der Käfighaltung von Legehennen einen ersten wichtigen Schritt. Das genügt uns – und vielleicht auch Ihnen – nicht. Wir Grüne wollen, dass tiergerechte Haltungsformen auch in der Schweine- und Rinderhaltung Platz greifen.

Es ist uns Grünen ein Anliegen, dass sich artgerechte Tierhaltung lohnt. So möchten wir die Agrarförderungen daran binden – und setzen uns dafür ein, dass das auch auf EU-Ebene geschieht. Tierschutz im Betrieb soll sich auch für LandwirtInnen und KonsumentInnen rentieren.

1.4 Kinder und Jugendliche

Lebensqualität bedeutet die besondere Förderung von Kindern und Jugendlichen. Sie haben das Recht, dass ihnen die bestmöglichen Bedingungen für ihr Aufwachsen zur Verfügung gestellt werden. Wir Grüne treten dafür ein, dass ihre Bedürfnisse und Ängste, aber auch ihre Wünsche ernst genommen werden.

Lebensqualität bedeutet Freiräume

Jugendliche brauchen Orte, an denen sie sich individuell oder in Gruppen frei entfalten können. Wir Grüne wollen, dass junge Menschen in ihrer (Aus)Bildung, aber darüber hinaus auch in ihrer Freizeit intensiv gefördert werden. Keinesfalls sollen sie dabei ständig Kriterien wie Leistung und Ergebnisorientierung untergeordnet sein. Kinder und Jugendliche haben das Recht, dass ihnen die Gesellschaft den Platz für die gesamte Umsetzung ihres Entwicklungspotenzials zur Verfügung stellt. Das können Freizeit- und Sporteinrichtungen, Jugendzentren oder ähnliches sein. Im

Wir wollen, dass nur mehr tiergerechte Stallsysteme auf dem Markt zugelassen werden. Die Haltung von Tieren in nicht artgerechten Ställen (z.B. ohne Einstreu oder auf tierquälerischen Vollspaltenböden) ist nicht notwendig und soll beendet werden. Im Zuge dessen wollen wir Grüne davon überzeugen, dass die in der EU erlaubten Transportzeiten auf maximal vier Stunden beschränkt werden, oder auf acht Stunden, sofern die Ausstattung der Fahrzeuge eine ausreichende Versorgung der Tiere sicherstellt. Denn nicht die maximale Produktionssteigerung bis hin zur Tierquälerei und Bewegungsunfähigkeit der Tiere kann das gemeinsame Ziel sein, sondern die artgerechte Haltung der Tiere und die Qualität. Das ist nicht nur im Sinne der Tiere, sondern auch im Interesse der KonsumentInnen, Bäuerinnen und Bauern.

Zuge dessen wollen wir Grüne die Mittel für Jugendkultur verdreifachen.

Parallel dazu muss der Staat alles Erdenkliche unternehmen, um Kinder und Jugendliche vor jeglicher Form der Gewalt und Bedrohung zu schützen.

Das Wohlergehen unserer Kinder und Jugendlichen muss uns gemeinsames Anliegen und Ziel unserer Bemühungen in allen Bereichen sein. Der viel zitierte Satz, dass Kinder unsere Zukunft sind, kann nur dann zutreffen, wenn wir uns in ausreichendem Maße um ihre Entwicklung, ihr Wohlbefinden, ihre Gesundheit und Bildung kümmern. Dabei stehen jedem Kind dieselben Rechte zu.

Mitbestimmung und Selbstbestimmung

Ein wesentliches politisches Mittel der Mitbestimmung ist das Wahlrecht. In einer Demokratie sollen all jene

wählen dürfen, die von den politischen Entscheidungen betroffen sind. Wir Grüne wollen daher das Wahlalter auf 16 Jahre senken. Denn solange nur Erwachsene

wählen gehen, werden die Interessen von Jugendlichen in der Politik zuwenig vertreten bleiben. Das wollen wir Grüne ändern.

1.5 Sport

Lebensqualität beinhaltet auch die Freude an Bewegung. Sport hat im Leben vieler Menschen einen hohen Stellenwert. Gleichgültig, ob es sich dabei um die aktive oder passive Teilnahme an Spitzensport oder um die persönliche sportliche Betätigung handelt. Das gilt selbstverständlich genauso für Menschen mit Behinderungen.

Bewegungsfreude fördern

Die Bedeutung angemessener körperlicher Betätigung für die Gesundheit ist unbestritten. Vielleicht gehören auch Sie zu jenen Menschen, die gerne Sport betreiben. Österreichs SchülerInnen hingegen mussten in den letzten Jahren eine Kürzung des Sportunterrichts in den Schulen und den Wegfall zusätzlicher sportlicher Angebote hinnehmen. Dieser Sparkurs von Bildungsministerin Gehrler war ein Schritt in die falsche Richtung. Kürzungen in diesem Bereich sind nicht nur gesundheitsschädlich sondern nehmen den SchülerInnen die Möglichkeit auf einen wichtigen Ausgleich.

Wir Grüne treten für ein umfassendes Bewegungs- und Sportangebot vom Kindergarten weg ein. Koopera-

tionen von Bildungseinrichtungen mit Sportvereinen möchten wir finanziell fördern.

Wichtig ist es auch, älteren Menschen angemessene Sportangebote zu ermöglichen, die ihre Gesundheit und Aktivität bis ins hohe Alter unterstützen und fördern.

Spitzensport fördern

Die Freude an Spitzensport teilen viele Menschen. Ereignisse wie die jüngste Fußballweltmeisterschaft, zeigen, dass dieses Interesse durchaus auch gesellschaftliche Bedeutung hat: Sport verbindet uns.

Wir Grüne möchten effiziente und transparente Fördermodelle im Spitzensport, vor allem auch für Frauen.

Der größte Teil der Bundessportförderung kommt aus den Einnahmen des Lotto- und Totogeschäfts. Das boomende Sportwettengeschäft hingegen trägt bislang nichts zur Sportförderung bei. Wir Grüne möchten das ändern. Damit könnten endlich auch neue Sportarten, die insbesondere für Jugendliche attraktiv sind, gefördert werden.

2 Gerechtigkeit

2.1 Raus aus der Armut



Gerechtigkeit bedeutet für uns Grüne, den veränderten Bedingungen in Gesellschaft und Arbeitswelt mit einer modernen Sozialpolitik Rechnung zu tragen. Die bisherige Selbstverständlichkeit einer langjährigen Beschäftigung in einem festen Dienstverhältnis mit Normarbeitszeit gehört der Vergangenheit an. Immer mehr Menschen arbeiten in neuen Erwerbstypen: Freie Dienstverträge, neue Selbstständige und Einpersonenernehmen aber auch prekäre Dienstverträge prägen den Arbeitsmarkt. Vielleicht sind auch sie davon betroffen. Die gesellschaftlichen Folgen jedenfalls tragen wir alle. Hier setzen wir mit unserer grünen Sozialpolitik an.

Grundsicherung für alle, die sie brauchen

Wir Grüne haben ein Grundsicherungsmodell entwickelt, das versucht die Standards sozialer Sicherung in Österreich diesen veränderten Lebensbedingungen anzupassen. So knüpft die Grüne Grundsicherung am bestehenden Sozialsystem an und definiert Min-

deststandards sowohl für monetäre Sozialleistungen (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe) als auch staatlicher Infrastruktur, wie Bildung, Kinderbetreuung oder berufliche Auszeiten. Die Umsetzung soll in Schritten erfolgen, wobei uns die Maßnahmen gegen die steigende Armutsgefährdung und gegen die hohe Arbeitslosigkeit als erste Schritte besonders am Herzen liegen. Denn wir Grüne empfinden es wohl als ebenso untragbar wie Sie, dass 476.000 Menschen, davon 114.000 Kinder, in akuter Armut leben. Weitere 221.000 Menschen müssen mit Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle auskommen, obwohl sie ganzjährig vollzeitbeschäftigt sind.

Wir Grüne wollen mit unserem Grundsicherungsmodell entschieden dagegen ankämpfen.

Wir ergänzen dafür die Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung, der Notstandshilfe und der Sozialhilfe durch eine am jeweiligen Bedarf orientierte

Grundsicherungsleistung auf 800 Euro (12 x jährlich). Mit einem Mindeststundensatz von 7 Euro brutto pro Arbeitsstunde wollen wir das Lohnniveau heben und die Existenzsicherung verbessern. Das Recht auf Grundsicherung muss auch für SeniorInnen gelten, die nicht mehr im Erwerbsleben stehen.

Berufliche Auszeiten schaffen Motivation

Wir Grüne sehen in der Möglichkeit von beruflichen Auszeiten (so genannten Sabbaticals) und Bildungsurlaub einen Weg zu mehr Lebensqualität für Berufstätige und neue Chancen für Arbeitssuchende. Vielleicht möchten auch Sie davon profitieren. Auch dafür dient die Grundsicherung. Darüber hinaus sollen Mittel aus der „Abfertigung neu“ dafür herangezogen werden können.

Selbstverständlich flankieren wir diese Maßnahmen mit einer Neuorientierung des Arbeitsmarktservice hin zu aktiver Betreuung und echten Qualifizierungsmaßnahmen mit zertifizierten Abschlüssen.

In einer zweiten Phase wollen wir Grüne eine Ausweitung des Grundsicherungsanspruchs auf Einkommen, die nicht existenzsichernd sind, durchführen. Zudem soll der Einstieg in das Grüne Pensionsmodell mit der Schaffung eines einheitlichen Pensionsrechtssystems stattfinden.

Perspektiven für arbeitslose Jugendliche und AlleinerzieherInnen schaffen

Wir Grüne setzen uns für 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze für Jugendliche und AlleinerzieherInnen ein. Jene Jugendlichen, die weder einen Arbeitsplatz noch einen Ausbildungsplatz haben, sollen eine Art Arbeitslosengeld erhalten, das an die Teilnahme an Weiterbildungsprogrammen und/oder arbeitsmarktpolitischen Aktivierungsmaßnahmen geknüpft ist. Zudem treten wir für die Verbesserung der Beratung Jugendlicher – auch in Form von Streetwork – ein. Alleinerziehende brauchen besondere Unterstützung.

Wir Grüne setzen uns für die Ausweitung des Pflegeurlaubsanspruchs auf alle vom alleinerziehenden Elternteil benannten Personen ein. Mit der Schaffung eines Freibetrags in der Krankenversicherung und der Verdoppelung des Steuerabsetzbetrags für Alleinerziehende wollen wir ebenso zur Armutsbekämpfung beitragen.

Neue Arbeitsplätze, sozial gesichert und selbstbestimmt

Wir Grüne stellen uns den Herausforderungen der neuen Arbeitswelten und treten dafür ein, dass die Risiken atypischer Beschäftigungsformen minimiert und die entstehenden Chancen genutzt werden. Wir wollen klare gesetzliche Regelungen gegen den Missbrauch der so genannten Scheinselbstständigkeit und für die soziale Absicherung der betroffenen ArbeitnehmerInnen.

Immer mehr Menschen arbeiten in mehreren Jobs parallel. Wir Grüne wollen die Angleichung der Pflichtbeiträge zur Krankenversicherung von neuen Selbstständigen und unselbstständig Beschäftigten durchsetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Beitragsgrundlage in der Kranken- und Pensionsversicherung auf die Summe aller Patchwork-Einkommen beziehen. Eine Interessenvertretung für Selbstständige innerhalb der Kammerstrukturen soll deren Interessen gezielt vertreten. Und schließlich wollen wir Weiterbildungspläne mit einem beim AMS angesiedelten personalisierten Bildungskonto leichter realisierbar machen.

Wir Grüne wollen neue Selbstständige mit einem Freibetrag in der Krankenversicherung entlasten. Vielleicht ist es auch Ihnen eine Hilfe, wenn Sie die Vorauszahlungen in der Einkommensteuer selbst bemessen können. Der Durchrechnungszeitraum für die Einkommensteuer soll auf drei Jahre verlängert werden.

Große Konzerne und Vermögen leisten ihren Beitrag zum Sozialstaat

Wir Grüne wollen auch große Konzerne und Vermögen ihren Beitrag zu einer ökologisch und sozial gerechten

Gesellschaft leisten lassen. Daher möchten wir Steuerprivilegien im Stiftungsbereich ebenso abschaffen wie die Anrechnung von weltweiten Verlusten zur Steuerminimierung in Österreich.

Kleine Einkommen entlasten

Armutsgefährdung hat ihre Ursachen auch in der ungleichen Verteilung des Reichtums. Wir Grüne betrachten die umverteilende Steuergerechtigkeit als selbstverständliche Verpflichtung einer demokratischen Gesellschaft gegenüber ihren Mitgliedern. Nur sie ermöglicht auch Einkommensschwächeren die Teilhabe am Gesundheits- und Bildungssystem, sowie an staatlicher Infrastruktur.

Die jetzige Systematik der Sozialversicherungsabgaben begünstigt die Bestverdienenden. Wir Grüne wollen diese Abgaben sozial gestalten. Das entlastet die BezieherInnen niedriger Einkommen, die bei bisherigen Steuerreformen leer ausgingen.

Eine Zweiklassenmedizin verhindern

Jede gerechte Sozialpolitik verhindert eine Zweiklassenmedizin. Uns Grünen ist das ein besonderes Anliegen. Für uns kommt eine Privatisierung der Krankenkassen nicht in Frage. Das Solidarprinzip soll auch in Zukunft sicherstellen, dass medizinische Hilfe in Österreich für alle gewährleistet wird. Daher ist eine Anhebung der Höchstbeitragsgrenze sinnvoll.

Wir Grüne treten für eine Krankenkassenreform ein, die den mittelfristigen Ausstieg aus berufsständischen

Kassen bewirkt. Damit wollen wir ein Ende der Benachteiligung von PatientInnen durch regional unterschiedliche Versorgungsstandards erreichen.

Wir Grüne wollen Menschen mit einem Einkommen unter 1.000 Euro von Rezeptgebühren befreien. Sonderregelungen, etwa für chronisch Kranke, bringen mehr soziale Gerechtigkeit.

Wir Grüne fordern insgesamt einen besseren und umfassenderen Gesundheitsschutz für ArbeitnehmerInnen, mit besonderer Berücksichtigung älterer ArbeitnehmerInnen.

Wir Grüne wollen mit der Einführung der Psychotherapie auf Krankenschein die Schlechterstellung von psychisch kranken gegenüber physisch kranken Menschen beenden. Wir halten es für dringend notwendig, dass die Palliativmedizin, die Behandlung und Versorgung von schwer und unheilbar kranken Menschen, ausgebaut wird.

Leistbares Wohnen

Wir Grüne betrachten leistbares Wohnen als ein soziales Grundrecht, das zur Entwicklung des Einzelnen in der Gesellschaft unabdingbar ist. Wir wollen, dass sich das in gesetzlichen Regelungen widerspiegelt, etwa was die Zu- und Abschläge bei Richtwertmieten betrifft. Davon könnten auch Sie profitieren. Es ist uns ein Anliegen, dass MieterInnen durch eine erhöhte Transparenz, besseren Mieterschutz und eine Kopplung der Mietpreise an Lohnentwicklung und nicht an Entwicklung der Verbraucherpreise, gestärkt werden.

2.2 Vorrang für Frauen

Gerechtigkeit kann es nur geben, wenn Frauen und Männer dieselben Chancen und Rechte haben. Wir Grüne wollen, dass es endlich zum Normalfall wird, dass Frauen das gleiche selbstverständliche Recht auf Einkommen, Karriere, sowie Anteil an Macht und

gesellschaftlichen Einfluss haben wie Männer. So wollen wir, dass Frauen selbstbestimmt leben können und die ökonomischen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt ein Ende haben.



Volle Gleichstellung von Frauen und Männern

Wir Grüne wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt. Das bedeutet in den nächsten Jahren den Vorrang für Frauen, um die kontinuierlich steigende Arbeitslosigkeit von Frauen einzudämmen und das Abdrängen in schlechter bezahlte oder gar prekäre Arbeitsverhältnisse zu stoppen. Mit speziellen Programmen für Wiedereinsteigerinnen und die Förderung von Betrieben, die Frauen fördern, möchten wir die Jobchancen von Frauen verbessern.

Mit einer „Aktion Frauen plus“ wollen wir innerhalb von vier Jahren 10.000 zusätzliche neue Jobs für Frauen schaffen, indem bei Neuanstellung zwei Drittel der Jahreslohnkosten übernommen werden. Es ist uns ein

Anliegen, dass insbesondere Frauen nach mehrjährigen Berufsunterbrechungen oder ab 35 Jahren davon profitieren.

Mit einer vernünftigen Mischung aus Schulung, Einstiegsberatung und Unterstützung bei der Kinderbetreuung möchten wir 15.000 Frauen zusätzlich den Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtern. Den Wechsel zwischen Vollzeit- und Teilzeitjobs wollen wir vereinfachen, damit Teilzeitarbeit nicht mehr in die berufliche Sackgasse führt. Wir Grüne kämpfen aber auch dafür, dass sich die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt nicht auf den ausschließlichen Blick auf die Kinderbetreuung beschränkt.

Gleiche Ausgangsbedingungen schaffen

Frauen gleiche Ausgangsbedingungen zu ermögli-

chen, heißt auch, jene Betriebe zu fördern, die Frauen fördern. Wir Grüne möchten dazu die Wirtschaftsförderung teilweise an eine „Gleichbehandlungsbilanz“ knüpfen. Diese soll Anreize für eine verstärkte Frauenbeschäftigung und mehr Einkommensgerechtigkeit schaffen.

In der Gründung von Unternehmen sind Frauen selbstverständlich ebenso kreativ wie Männer. Für manche Frauen aber ist die Umsetzung schwieriger. Daher möchten wir Grüne uns für die besondere Unterstützung von Frauen in diesem Bereich einsetzen. Dazu gehören für uns eigens für Gründerinnen konzipierte Beratungsleistungen und Informationsangebote (wie Rechtsberatung, Fördermöglichkeiten etc.).

In Österreichs Führungsetagen und Aufsichtsräten existiert noch immer die so genannte gläserne Decke: Frauen sind deutlich unterrepräsentiert. Wir Grüne hoffen auf Ihre Unterstützung dafür, dass Spitzenpositionen für Frauen endlich gleich gut erreichbar werden wie für Männer. In der öffentlichen Verwaltung und in der Politik wollen wir mit 50 Prozent-Quoten sicherstellen, dass Frauen Positionen entsprechend ihren Leistungen erringen können. Die berühmten „halbe-halbe“ stellen für uns Grüne in der Parlamentsregierung eine Selbstverständlichkeit dar.

Wissen Sie, dass Österreich mit einem Frauenanteil von lediglich 19 Prozent in der heimischen Forschungsszene am vorletzten Platz in Europa liegt? Wir Grüne halten das für inakzeptabel und streben eine rasche Anhebung auf 38 Prozent an.

Partnerschaftliche Familienmodelle fördern

Viele Menschen betrachten heute Familienarbeit als gleichermaßen Frauen- wie Männersache. Wir Grüne möchten bei der Umsetzung helfen und treten dafür ein, dass die Arbeitswelt beiden Geschlechtern gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bietet. So wollen wir, dass die Karenzzeit

von beiden Elternteilen in aktiver Vater- und Mutterschaft und flexibel als Voll- oder Teilkarenz genutzt werden kann. Unser Ziel ist es, dass der Wiedereinstieg in den Beruf nach der Babypause für Unternehmen und Eltern erfolgreich verläuft.

Uns Grünen ist es ein Anliegen, dass das Karenzgeld zum Leben reicht. AlleinerzieherInnen etwa brauchen unsere besondere Unterstützung. Wir Grüne setzen uns für ein einkommensabhängiges Karenzgeld (80 Prozent des Einkommens, gedeckelt mit 80 Prozent der sozialversicherungsrechtlichen Höchstbeitragsgrundlage) für acht Monate pro Elternteil ein. Solange keine umfassende Grundsicherung für alle existiert, gibt es ein Mindestkarenzgeld für alle von 730 Euro. Mit Teilkarenzen – samt steuerlicher Begünstigung, wenn beide Elternteile Teilzeit arbeiten – möchten wir Eltern die flexible Gestaltung von Karenzphasen ermöglichen.

Vereinbarkeit von Kind(ern) und Beruf ermöglichen

Wir Grüne wünschen uns einen erfolgreichen Wiedereinstieg berufstätiger Eltern. Die Verlängerung des Kündigungsschutzes nach der Karenz (auf sechs Monate) stellt für uns eine der nötigen Maßnahmen dar. Wenn wir zudem die Anspruchsberechtigten im Elternteilzeitgesetz erweitern, wird dieses in einem ersten Schritt für mindestens die Hälfte aller Jungeltern nutzbar (statt derzeit nur etwa 20 Prozent).

Um Beruf und Kinder tatsächlich miteinander vereinbaren zu können, möchten wir Grüne mindestens 5.000 Kinderbetreuungsplätze pro Jahr schaffen. Das gilt besonders auch für unter 3-jährige Kinder und die Nachmittagsbetreuung. Wir wollen dafür ein einklagbares Recht auf einen Kinderbetreuungsplatz, weil das gerade jungen Eltern die Berufsplanung erleichtert. Dass diese Kinderbetreuungseinrichtungen qualitativ hochwertig sind und mit flexiblen Öffnungszeiten arbeiten, ist uns – ebenso wie Ihnen – eine Selbstverständlichkeit.

3 Freiheit

3.1 Bildungsland Österreich



Freiheit bedeutet, die eigene Bildung und Ausbildung selbst bestimmen zu können. Wir Grüne meinen darüber hinaus die individuelle Förderung der Talente unserer Kinder und Jugendlichen. Wir können es uns weder gesellschaftlich noch wirtschaftlich leisten, Begabungen ungenutzt oder gar unentdeckt zu lassen. Wir Grüne stehen für eine Trendwende in der österreichischen Bildungspolitik. In Bildung muss endlich wieder investiert werden.

Eine Schule mit hoher Lebensqualität für SchülerInnen und LehrerInnen

Wir Grüne wünschen uns Kinder und Jugendliche, die ihre ganze Kreativität entfalten können, sich in den Bildungseinrichtungen gut aufgehoben und gefördert fühlen. Und wir wünschen uns LehrerInnen, die die Neugier und Begeisterung ihrer SchülerInnen teilen und fördern, weil sie sich selbst im Schulsystem wohl fühlen. Darin sehen wir Grüne den Motor für erfolgreiche Lernprozesse. Wir wollen eine humane reformpäd-

agogische Schule mit hoher Lern- und Lebensqualität. Alternativschulen sollen endlich fair behandelt werden und 80% ihrer Kosten vom Staat erhalten.

Mit der Gemeinsamen Schule Chancen gleich verteilen und individuell fördern

Nach wie vor entscheidet in Österreich die soziale Herkunft über Bildungschancen. Gewiss wollen auch Sie das ändern. Wir Grüne teilen diesbezüglich die Meinung der Zukunftskommission, die nur in der flächendeckenden Einrichtung einer gemeinsamen Schule der 6- bis 15-Jährigen die Chance sieht, den sozialen Ausgleich zu ermöglichen. Dazu gehört für uns eine gemeinsame Ausbildung der PädagogInnen auf höchstem Niveau.

Gemeinsame Schule bedeutet nicht das Ende persönlicher Entfaltung. Im Gegenteil. Wir Grüne treten dafür ein, dass die Ausbildung junger Menschen individueller gefördert wird. Menschen mit Behinderungen erhalten

bedürfnisgerechte, individuell gestaltete Rahmenbedingungen im Bildungssystem: Das Recht auf Integration vom Kindergarten bis zur Universität und Erwachsenenbildung muss gewährleistet werden.

Die Freude am Lernen erhalten

Wenn Kinder in die Schule kommen, haben sie bereits jahrelange Lernprozesse erlebt. Ihre Erfahrungen und Voraussetzungen variieren. Uns Grünen ist es ein Anliegen, dass dies berücksichtigt wird. Daher wollen wir, dass Noten bis zur vierten Schulstufe von verbalen Beurteilungen und Entwicklungsberichten abgelöst werden, um SchülerInnen individuell zu motivieren und zu bestärken.

LehrerInnen können sich der Förderung ihrer SchülerInnen nur widmen, wenn die Rahmenbedingungen das zulassen. Wir Grüne wollen daher eine gesetzlich festgelegte maximale KlassenschülerInnenzahl von 25 in den Pflichtschulen. Für die Oberstufen wollen wir ein Kurssystem einführen: 40 Prozent der Gegenstände können von den SchülerInnen gewählt werden, 60 Prozent sind verpflichtend. Freigegegenstände, wie musische, sportliche und bilinguale Angebote sollen nicht mehr weggekürzt werden. Denn Bildung bedeutet für uns Grüne nicht nur die Vermittlung so genannten direkt verwertbaren Wissens.

Individuelle Förderung statt Sitzenbleiben

Wissen Sie, dass in Österreich 20 Prozent der 15-Jährigen nicht die geplanten Lernziele erreichen? In Finnland hingegen sind es lediglich sechs Prozent. Wir Grüne sind davon überzeugt, dass auch in Österreich 14 Prozent mehr die Lernziele schaffen können. Daher setzen wir uns für gezielte Förderungen ein.

Wir Grüne wollen die Frühförderung bereits im Kindergarten durch speziell ausgebildete PädagogInnen beginnen. Damit werden individuelle Schwächen der Kinder bis zum Schuleintritt ausgeglichen. Zudem ist

uns der Anspruch auf muttersprachliche Förderung für alle SchülerInnen eine Selbstverständlichkeit. Zur Förderung der Kinder gehört für uns Grüne auch das Recht auf Nachmittagsbetreuung.

Der Förderbereich braucht somit zusätzliche Arbeitskräfte. Unser Ziel ist der Umstieg von 10 Prozent der LehrerInnen in den Förderbereich. Das sichert 7.000 LehrerInnenstellen in den nächsten acht Jahren und ermöglicht kostenlose Förderung in der Schule statt teurer Nachhilfe. In der Folge fordern wir die Abschaffung von Klassenwiederholungen.

Mitgestaltung in der Schule gewährleisten

Wir Grüne möchten die Gestaltungsfreiheit für Schulen erweitern. Pädagogische Konzepte sollen selbst gewählt werden. Wir wollen, dass SchulleiterInnen von LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen auf Zeit gewählt werden. Die öffentliche Hand muss ein flächendeckendes Angebot sichern und Standards gewährleisten, denn Autonomie der Schule heißt nicht Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung.

Wir Grüne halten demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten für SchülerInnen im Sinne der politischen Bildung für unerlässlich; etwa indem ein Schulparlament eingeführt wird. Wir treten dafür ein, dass die SchülerInnenvertretung durch Direktwahl bestimmt wird.

International konkurrenzfähige Universitäten ermöglichen

Wir Grüne wollen offene, teamorientierte und konkurrenzfähige Universitäten. Sie brauchen dafür eine gesicherte Finanzierung. Wir setzen uns für eine Steigerung des Universitätsbudgets um 200 Millionen Euro jährlich in den nächsten acht Jahren ein. Denn wir Grüne betrachten Universitäten nicht nur als Stätten optimaler Ausbildung sondern auch als Orte der wissenschaftlichen Vielfalt und kritischen Auseinandersetzung. Internationale Bildungsrankings zeigen, dass

wir mehr Studierende brauchen. Wir Grüne betrachten eine Steigerung von 50 Prozent (100.000 Studierende) in den nächsten acht Jahren für sinnvoll. Wir halten es für wesentlich, dass die soziale Selektion ein Ende findet. Das bedeutet die Abschaffung der Studiengebühren. Statt Zulassungsbeschränkungen wollen wir mit Studieneingangsphasen helfen die Studienwahl zu konkretisieren.

Wir Grüne treten für die Wiederherstellung der demokratischen Entscheidungsstrukturen an den Universitäten ein. Allen Beteiligten muss ein angemessenes Vertretungs- und Mitspracherecht in universitären Gremien garantiert werden. Junge WissenschaftlerInnen wollen wir verstärkt fördern. Wir betrachten das als Investition in die Zukunft unseres Landes.

3.2 Niemanden ausgrenzen



Freiheit braucht die Berücksichtigung individueller Lebensentwürfe. Das kommt uns allen zu Gute. Wir Grüne verstehen Vielfalt als eine Bereicherung und Notwendigkeit für jede Gesellschaft. Das beinhaltet unterschiedliche Nationalitäten, Kulturen und Formen des Zusammenlebens. Dazu gehört für uns untrennbar, dass die Menschenrechte für alle gleichermaßen Gültigkeit besitzen.

Schutz des Asylrechts wahren

Wir Grüne wollen ein umfassendes Recht auf Asyl, das der Genfer Flüchtlingskonvention entspricht und Vorrang vor allen fremdenrechtlichen Regelungen hat. Wir gehen davon aus, dass AsylwerberInnen ein Asylverfahren in Freiheit und nicht in Schubhaft zusteht. Das ist für uns Grüne selbstverständlich. Abschiebungen von AsylwerberInnen in laufenden Berufungsverfahren sind für uns nicht akzeptabel.

Wir wollen, dass kein Asylverfahren länger als sechs Monate dauern darf. Geschlechtsspezifische Verfolgungsgründe (u.a. Genitalverstümmelung) möchten wir als Asylgrund gesetzlich verankern.

Es ist uns wichtig, dass Schubhaft nur das letzte Mittel sein darf – nicht der Regelfall. Wir Grüne fordern zudem ein Schubhaftvollzugsgesetz, das den Vollzug einheitlich und menschenrechtskonform regelt. Dazu gehört auch das Prinzip der offenen Stationen und die umfassende psychologische Betreuung. Wir kämpfen dafür, dass Zwangsernährung ebenso verboten wird wie die Abschiebung traumatisierter Menschen.

Die Chance auf Einwanderung erhalten

Die Einwanderung von Menschen verschiedener Kulturen birgt wesentliche Potenziale für unsere Gesellschaft, denn Gleichwertigkeit bedeutet nicht Gleichförmigkeit. So stehen wir Grüne für eine moderne und sachliche Einwanderungspolitik. Denn Österreich ist ein Einwanderungsland und braucht Zuwanderung. Menschen aus vielen Staaten wiederum brauchen die Möglichkeit, legal zu Erwerbszwecken einwandern zu können. Wir Grüne sehen darin eine beidseitige Chance. Darum treten wir für ein gerechtes Punktesystem zur Einwanderung ein. Ausbildung, Sprachkenntnisse, Arbeitserfahrung und bereits in Österreich lebende Familienangehörige sind die wichtigsten Kriterien im grünen Einwanderungsmodell. Wir wollen damit ein klares, überprüfbares System an die Stelle starrer Quoten treten lassen.

Das Recht auf Integrationsbegleitung schaffen

Das Recht auf Familienleben stellt ein Grundrecht dar. Wir Grüne wollen, dass es für alle MigrantInnen gilt. Eine Voraussetzung dafür ist das Recht auf Familienzusammenführung ohne Quoten und Restriktionen.

Wir Grüne wollen den so genannten Integrationsvertrag durch das Recht auf Integrationsbegleitung ersetzen. Damit möchten wir MigrantInnen gezielte Sprachförderung, berufliche Weiterbildung und Arbeitsmarktcoa-

ching ermöglichen. Es ist uns wesentlich, dass alle, die legal hier leben, auch arbeiten dürfen. Wahrscheinlich sehen Sie das gleich.

Für uns Grüne bedeutet Integration Mitbestimmung und Mitverantwortung. Deshalb möchten wir die Möglichkeit des Erwerbs der Staatsbürgerschaft nach fünf Jahren schaffen, einen Rechtsanspruch nach sieben Jahren, samt Möglichkeit der Doppelstaatsbürgerschaft.

Nicht nur für EU-BürgerInnen, sondern für alle niedergelassenen MigrantInnen wollen wir das kommunale Wahlrecht einführen.

Barrierefreiheit für alle gewährleisten

Menschen mit Behinderung – aber auch SeniorInnen – stoßen nach wie vor auf zahlreiche Barrieren im Alltag, bei Bauten, bei Verkehrsmitteln und Kommunikationseinrichtungen. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass die Ö-Normen für barrierefreies Bauen bundesweit verpflichtend werden. Öffentliche Gebäude müssen ebenso barrierefrei benutzbar gemacht werden wie öffentliche Verkehrsmittel. Für ersteres soll der Bund jedes Jahr 30 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Die Notwendigkeit der Barrierefreiheit gilt selbstverständlich auch für moderne Kommunikationstechnologien, wie das Internet.

Gleichstellung durch Unterstützung

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass die Arbeitsassistenz ausgebaut und die Berufszugangsgesetze reformiert werden. Für Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung wollen wir sozialversicherungsrechtlich abgesicherte Arbeitsplätze schaffen. Außerdem wollen wir die Umsetzung einer kontrastreichen Gestaltung der Lebensumwelt für Sehbehinderte sowie die Kommunikation in Gebärdensprache in Schule, Universität, Verwaltung und vor allem im Gesundheitswesen.

Die „Familie“ selbst wählen können

Familie ist die Form, in der Menschen freiwillig zusammen leben, so, wie sie einander lieben und Sicherheit

geben wollen. Familie aber ist mehr als Mann, Frau und Kinder. Wir Grüne wollen, dass Ihnen der Staat hier keine Vorschriften macht sondern Rechtssicherheit, Gleichberechtigung und Freiheit garantiert.

Wir Grüne fordern die lückenlose Umsetzung des Grundrechts auf Gleichheit vor dem Gesetz für gleichgeschlechtliche Beziehungen. Alle Menschen sollen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung wählen können, wie sie ihre Beziehungen rechtlich gestalten und absichern möchten.

Wir wollen den so genannten Zivilpakt (Zip) einführen, der für heterosexuelle wie gleichgeschlechtliche Paare gilt. Es ist uns wichtig damit Diskriminierungen von Lesben und Schwulen (etwa im Erbrecht und im Erbschafts- und Schenkungssteuerrecht) zu beseitigen. Der Zip gibt rechtliche Sicherheit, die über eine

formlose Lebensgemeinschaft hinausgeht. Dazu gehört auch die völlige Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen partnerschaftlichen Lebensformen im Wohnrecht. Darüber hinaus wollen wir die Ehe für Lesben und Schwule öffnen.

Wir Grüne fordern auch, dass gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren können. In fremdenrechtlichen Belangen sollen LebenspartnerInnen eines Zivilpakts EhegattInnen gleichgestellt werden.

Beseitigung von Diskriminierung

Es ist uns Grünen wichtig, dass jegliche Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Identität verboten wird, damit es in Zukunft kein Drinnen und Draußen in unserer Gesellschaft gibt – weder am Arbeitsplatz noch in Schule oder Freizeit.

3.3 Freiheit statt Bevormundung

Freiheit bedeutet die Wahrung der Grund- und BürgerInnenrechte sowie der Privatsphäre. Kriminalität wird mit allen Mitteln des Rechtsstaats bekämpft.

Wir Grüne treten dafür ein, dass privat auch privat bleibt. Das kommt jedem von uns zu Gute. Wir wollen, dass private Daten nicht unter dem Deckmantel der „Terrorismusbekämpfung“ gesammelt und gespeichert werden. Wir sind davon überzeugt, dass mehr Freiheit möglich ist.

Einen gläsernen Staat schaffen – nicht den gläsernen Menschen

Wir Grüne möchten, dass sich alle Menschen frei bewegen können. Überwachung bleibt für uns die strikte Ausnahme. Daher wollen wir, dass die Videoüberwachung durch Private gesetzlich geregelt wird. Ohne richterlichen Befehl darf es keinen polizeilichen Zugriff auf die Videokameras von Kaufhäusern und anderen privaten Einrichtungen geben. Das kommt uns allen

entgegen. Es ist uns ein Anliegen, dass Fingerabdrücke sowie Genabstrich nur von Verdächtigen genommen werden dürfen.

Wir Grüne treten dafür ein, dass das Telefonieren wieder geschützt wird, da der Großteil der Handy-Überwachungen unbescholtene und unverdächtige BürgerInnen betrifft. In Zukunft sollen Rufdaten nur noch bei konkretem Verdacht, nach strenger richterlicher Kontrolle ausgewertet und maximal ein halbes Jahr gespeichert werden.

Besonders wichtig ist uns Grünen ein gesetzliches Verknüpfungsverbot, das garantiert, dass die persönlichen Daten aus Volkszählung, Sozialversicherung, Schule, Krankenhaus, Meldezettel etc. nicht willkürlich miteinander verbunden werden. Eine Verknüpfung, wie sie derzeit über Sozialversicherungsnummer und die Zentrale Melderegisternummer vorbereitet wird, ist für uns nicht akzeptabel.



BürgerInnen ermächtigen

Demokratie braucht die Teilhabe der BürgerInnen. Wir Grüne sehen die Notwendigkeit eines gläsernen Staates, in dem die veraltete Amtsverschwiegenheit dem Grundrecht auf Information weicht.

Wir wollen die sozialen und demokratischen Chancen, die sich aus den modernen Kommunikationstechnologien ergeben, nützen ohne auf die gesundheitliche Vorsorge (etwa gegen Strahlung) zu vergessen. Durch die Umsetzung eines Masterplans für Information und Telekommunikation, der auch Ihnen den Zugang erleichtern kann, wollen wir monopolistische Strukturen lockern.

Vernünftige Drogenpolitik

Die Diskussion um Drogen in Österreich zeigt, wie stark dieses Thema noch mit Tabus besetzt ist. Wir Grüne vertreten, dass eine vernünftige Drogenpolitik darauf verzichtet Personen, die Drogen zu sich nehmen, strafrechtlich zu verfolgen. Denn Drogenkonsum ist eine Sucht und kein Verbrechen. Vielleicht haben

auch Sie schon erlebt, wie die Kriminalisierung vor allem junger Menschen großen Schaden anrichtet.

Die Drogenszene verändert sich laufend. Immer wieder tauchen neue Modedrogen am Markt auf. Wir Grüne wollen Suchtmittel, die das Leben gefährden, verbieten. Strafrechtliche Maßnahmen müssen sich gegen die Drogendealer richten.

Freiheit auch in der Kunst

Die Freiheit der Kunst ist ein Gradmesser für die Freiheit in einer Gesellschaft. Das bedeutet nicht allein Kunst zuzulassen, sondern für kulturelle Vielfalt und ihre Verbreitung zu sorgen. Wir Grüne wollen die vielen Kulturinitiativen in ganz Österreich fördern, anstatt mit teuren Events alte Klischees zu verbreiten.

Wir Grüne stehen für eine deutliche Verschiebung, weg von rein wirtschaftlichen Überlegungen, hin zu einer Erhöhung und Umverteilung des Kulturbudgets. Im Zuge dessen sollen Tourismusprojekte ihr Geld aus der Tourismusförderung und nicht aus dem Kulturbudget erhalten.

Wir Grüne wollen mit einem neuen Gesetz die Bundessammlungen nach dem Motto „zusammenführen was zusammengehört“ neu ordnen und bei freiem Eintritt allen zugänglich machen.

„Kultur von allen“

Wir Grüne wollen eine Kulturpolitik, die sich mit den Lebensbedingungen der Menschen auseinandersetzt. Dafür wollen wir das Budget der 400 Kulturinitiativen von 4 auf 40 Millionen Euro verzehnfachen. Ein großes Anliegen ist uns Grünen auch der österreichische Film, dem wir 20 Millionen Euro zusätzlich für Nachwuchs, Avantgarde und den Ausbau des erfolgreichen Dokumentarfilms zur Verfügung stellen wollen. Gleichzeitig fordern wir eine deutliche Liberalisierung der Kulturprogramme im ORF.

Freiheit der Kunst bedeutet Absicherung der Kreativen

Kunst lässt sich nicht auf ökonomische Faktoren reduzieren. Daher wollen wir Grüne für KünstlerInnen, die nicht von ihrer Arbeit leben können, Existenz sichernde Zuschüsse. Außerdem möchten wir, dass qualifizierte Institutionen endlich mehrjährige Förderungen erhalten, um aus der Rolle der Bittsteller befreit zu werden.

Wir Grüne wollen generell eine durchschaubare Zuteilung der Kulturmittel: Jürs und Beiräte müssen öffentlich und nach klaren Kriterien tagen.

Medienfreiheit

Demokratie braucht Medienfreiheit. Wir Grüne wollen

eine unabhängige und kritische Berichterstattung in den Medien, insbesondere im ORF sicherstellen. Dazu gehören alle notwendigen Freiräume und die Verpflichtung zu einer ausgewogenen Berichterstattung.

Wir wollen ein neues Redaktionsstatut für den ORF, das die redaktionelle Einflussnahme durch die Geschäftsführung verhindert. Wir sehen die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nur in einem ORF, der verstärkt für Information, Bildung und Kultur auftritt. Es ist uns wichtig die Programmvierfalt zu erhalten, mit besonderem Augenmerk auf Ö1 und FM4.

Wir Grüne fordern, dass Minderheiten eine Stimme gegeben wird: Das beinhaltet die Stärkung der Minderheitenredaktion sowie die zahlenmäßige Erhöhung von Sendungen in Gebärdensprache.

Wir Grüne möchten, dass der ORF sowohl wirtschaftlich überleben als auch seinen öffentlich-rechtlichen Charakter erhalten kann. Zu diesem Zweck wollen wir die Werbebestimmungen neu und klar definieren. Für Gebührenbefreiungen soll der ORF einen Ersatz durch die öffentliche Hand erhalten.

Medienvierfalt

Wir Grüne treten dafür ein, dass Sendungen in öffentlichem Interesse auch im Privatfernsehen und Privatradio gefördert werden. Freie und nichtkommerzielle Radios sollen durch die Einführung einer Medienförderung abgesichert werden.

4 Österreich in internationalen Beziehungen

Lebensqualität, Gerechtigkeit und Freiheit müssen für alle Menschen und überall gelten. Wir Grüne wollen, dass Österreich seine diesbezügliche Verantwortung als eines der reichsten Länder der Welt anerkennt. Das gilt für unsere Europapolitik ebenso wie für die Außen- und Entwicklungspolitik. Basis für diese Politik ist die Beibehaltung der österreichischen Neutralität.

■ 4.1 Europa

Europa befindet sich derzeit in einer Entwicklungskrise. Die Grenzen des Europäischen Projektes sind unklar, die Institutionen stecken auf halbem Wege zwischen Technokratie und Demokratie. Auch die Rolle Europas in der Welt bleibt unklar. Eine gemeinsame Außenpolitik, notwendiger denn je, ist noch in weiter Ferne. Dem wirtschaftspolitischen Kern des Europäischen Projektes wurde keine soziale Dimension gegenüber gestellt.

Wir Grüne betrachten die fehlenden politischen Konzepte als Hauptursache, dass die Perspektive für das politische Gemeinwesen Europa verloren zu gehen droht.

Mehr Demokratie für Europa

Wir Grüne sehen, dass die Menschen nur in einer Europäischen Demokratie ihre Zukunft in Europa selbst bestimmen können.

Wir wollen ein Europa der BürgerInnen, eine demokratische und handlungsfähige Union. Wir stehen für rechtsverbindliche Grundrechte und ein parlamentarisch kontrolliertes und bestimmtes Europa. Nationalismus und Wirtschaftsliberalismus sollen das demokratisch verfasste politische Gemeinwesen nicht länger in Frage stellen.

Wir Grüne wollen eine Europäische Verfassung, die in einer mehrstufigen Debatte bis 2009 öffentlich, breit und europaweit diskutiert wird. Am Ende dieses Weges soll eine europaweite Volksabstimmung stehen.

Eine Europäische Sozialunion

18 Millionen Menschen sind in der Europäischen Union

arbeitslos, darunter 4,5 Millionen Jugendliche. Wir Grüne ringen um eine gemeinsame Beschäftigungspolitik. Die Regierungen begnügen sich mit unverbindlicher Kooperation. Unsere Antwort auf die Gefahren der Globalisierung ist eine Europäische Sozialunion.

Wir Grüne treten für eine gemeinsame und nachhaltige Wirtschafts-, Steuer- und Konjunkturpolitik, gemeinsame soziale Mindeststandards und die Harmonisierung der Unternehmenssteuern ein. Wir wollen die soziale und ökologische Marktwirtschaft, die Vollbeschäftigung und die Nachhaltigkeit als Unionsziele und als konkreten Auftrag für alle Politikbereiche.

Wir Grüne schlagen als Maßnahme gegen Lohndumping und Standortwettbewerb die Einführung eines existenzsichernden Mindestlohnes (ein einheitlicher Prozentsatz des jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommens) und der Grundsicherung in der Europäischen Union vor.

Eine substanzielle europäische Nachhaltigkeitsstrategie

Wir Grüne sehen in nachhaltiger Politik im Sinne von Gesundheitsschutz, Umweltschutz und ökologischem Wohlstand den Weg, um die Europäische Union aus dem lähmenden Einfluss der Lobbys der Großkonzerne zu befreien.

Luftverschmutzung, Verkehr und Gentechnologie machen vor Ländergrenzen nicht halt, daher wird grenzüberschreitendes Handeln in einer substanziellen Nachhaltigkeitsstrategie immer notwendiger. Deshalb haben wir Grüne uns zur ersten europäischen Partei

zusammengeschlossen und 2004 als erste politische Gruppierung eine EU-weite gemeinsame Wahlkampagne geführt. Gemeinsam stehen wir für Umweltschutz, Atomausstieg und ein Umsteuern des Verkehrs von der Strasse auf die Schiene.

Die Alpen sind eine von Klimawandel und Verkehr besonders gefährdete Zone. Mit dem Modell der „Sensiblen Zone Alpen“ haben wir Grüne einen Hebel gegen den unbeschränkten Transitverkehr und die Übernutzung der Berglandschaft aufgegriffen.

4.2 Sicherheit



Freiheit braucht die Gewissheit von Sicherheit. Es soll dies eine Sicherheit sein, die strukturelle Stabilität bedeutet und sowohl den Schutz der demokratischen Institutionen, die Wahrung der Menschenrechte, sowie der Grund- und BürgerInnenrechte beinhaltet. Wir Grüne bedauern die globale Entwicklung, dass im Zuge der Terrorismusbekämpfung eine Wandlung hin zu mehr Kontrolle der Menschen und weniger zum Schutz ihrer persönlichen Sicherheit stattgefunden hat.

Sicherheit bedeutet vor allem Freiheit von Furcht und Freiheit von Mangel

Wir Grüne treten für Sicherheit ein, die die Menschen

in den Mittelpunkt stellt. Wir vertreten einen erweiterten und alternativen Sicherheitsbegriff, der sich auf die umfassende menschliche Sicherheit bezieht und somit politische, rechtliche, ökonomische, soziale, ökologische und physische Sicherheit beinhaltet. Wir sind überzeugt davon, dass nur dadurch gewährleistet werden kann, dass Sicherheit auch Lebensqualität, Gerechtigkeit und Freiheit für uns alle bedeutet. Auch wesentliche militärische Aspekte sind in diesem Sicherheitsbegriff enthalten.

Neutralität

Wir Grüne betrachten die Europäische Union als

Friedensgemeinschaft und wollen, dass der österreichische Weg in ihr ein neutraler bleibt. Die europäische Friedensordnung soll die gemeinsame Sicherheit garantieren. Wir Grüne treten auch dafür ein, dass Österreichs Neutralität weiterhin bedeutet: keine Teilnahme an Kriegen, keine Stationierung fremder Truppen, kein Beitritt zu einem Militärblock. Wir wollen, dass diese drei Säulen der österreichischen Neutralität auch Europa trägt – in der Europäischen Verfassung. Dies soll sich auch in der zivilen Betonung der europäischen Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik spiegeln.

Wir Grüne wollen globale Rechtsstaatlichkeit statt dem Recht des Stärkeren. Nur darin sehen wir Europas Antwort auf die aktuellen Kriege. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass Österreich auf dem sicheren Fundament des Völkerrechts die UNO dabei unterstützt, Menschenrechte global zu schützen und präventiv gegen Konflikte vorzugehen – mit dem ganzen Spektrum ziviler Mittel (etwa MenschenrechtsbeobachterInnen und Polizei) aber auch, wenn als ultima ratio nötig, militärisch. Ohne UN-Mandat, darf Österreich nicht an Einsätzen der EU teilnehmen.

4.3 Globalisierung und Außenpolitik

In der Diskussion um die Globalisierung stehen meist deren wirtschaftliche Dimensionen im Vordergrund. Wir Grüne sehen auch die sozialen, ökologischen, kulturellen und sicherheitspolitischen Aspekte. So stehen wir der Globalisierung nicht grundsätzlich negativ gegenüber. Die weltweite Vernetzung zwischen Individuen, zivilgesellschaftlichen Netzwerken und sozialen Bewegungen stellt einen durchaus positiven Aspekt dar. Tatsächlich aber steigt die soziale Ungleichheit zwischen und innerhalb der Staaten. Kosten und Nutzen der Globalisierung sind nach wie vor nicht gleich verteilt.

Wir Grüne betrachten die derzeit stark ansteigende Migration vor diesem Hintergrund.

Abschaffung der Wehrpflicht

Im Jahr 2008 treten die letzten Nachbarn Österreichs dem Schengen-Raum bei. Dann „fallen“ die Grenzen, und mit ihnen der Assistenzinsatz des Bundesheeres. Wir Grüne wollen, dass im selben Jahr die Wehrpflicht abgeschafft wird, damit junge Männer nicht sinnlos sechs Monate ihres Lebens opfern müssen.

Keine Eurofighter für Österreich

Österreich braucht keine Eurofighter. Weder Neutralität noch Verfassung verpflichten unser Land zur Anschaffung von Kampfbombern. Wir Grüne wollen daher aus dem Eurofighter-Vertrag aussteigen. Die Eurofighter GmbH wird am 1. Juli 2007 nicht ausschreibungskonform liefern können. Bereits einen Tag später kann daher aus dem Vertrag ausgestiegen werden – ohne Kompromisse und ohne nennenswerte Kosten. Wir Grüne wollen darüber hinaus mit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses die tatsächlichen Hintergründe der einstmaligen und – wie vielleicht auch Sie finden – falschen Entscheidung der schwarz-blauen Regierung für die Eurofighter aufdecken.

Ungleichheiten abschaffen

Wir Grüne setzen uns für Demokratisierung und mehr Transparenz bei internationalen Organisationen, (WTO, IWF und Weltbank) ein. Wir sehen darin eine wesentliche Voraussetzung zur Durchsetzung von mehr Gerechtigkeit, Freiheit und Lebensqualität auf globaler Ebene.

Wir Grüne wollen die Verhinderung des derzeitigen ruinösen Standort- und Steuerwettbewerbs. Wir wissen, dass das nur durch mehr Kooperation und Koordination auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene gelingen kann. Wir wollen dafür verbindliche internationale arbeitsrechtliche, ökologische und soziale Mindeststandards erreichen und umsetzen.

Armutsbekämpfung auf globaler Ebene fördern

Wir Grüne betrachten die Besteuerung internationaler Devisentransaktionen (angelehnt an die Idee der Tobin-Steuer) als wesentlichen Schritt zur Armutsbekämpfung. Wir wollen, dass Österreich bei der Umsetzung auf EU-Ebene eine Vorreiterrolle einnimmt.

Extreme Armut ist weltweit noch immer weiblich. Wir Grüne setzen uns daher für die Förderung der Geschlechtergleichstellung auf internationaler Ebene ein. Wir sehen auch in der Förderung des Fairen Handels ein wesentliches Mittel der Armutsbekämpfung.

Wir Grüne wollen die Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit aller Industrieländer auf mindestens 0,7 % des Bruttonationaleinkommens, damit die Millenniums-Entwicklungsziele der UNO bis 2015 annähernd erreicht werden können. Für uns ist es selbstverständlich, dass Österreich diese Erhöhung im Sinne der EU-Ziele bis 2015 stufenweise umsetzt, wobei die Entschuldung nicht mitgerechnet werden soll. In direktem Zusammenhang damit steht unsere Forderung nach mehr Kohärenz, inhaltlicher Abstimmung, damit die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit nicht durch die Finanz-, Handels- und Wirtschaftspolitik zunichte gemacht werden.

Umweltstandards sind bisher auf internationaler Ebene schwer durchzusetzen. Wir Grüne wollen das ändern. Als wesentlichen Schritt dahin betrachten wir die Herstellung von Kostenwahrheit, insbesondere die Einbeziehung von ökologischen Kosten (z.B. Kerosin- und Schiffsdieselbesteuerung)

Die Bedürfnisse der Menschen ernst nehmen

Viele dieser Maßnahmen könnten heute schon auf EU-Ebene umgesetzt werden. Wir Grüne wollen, dass sich die EU den Herausforderungen der Globalisierung in Zukunft entschiedener als bisher stellt. Das bedeutet auch, die Ängste, Interessen und Bedürfnisse der EuropäerInnen aber auch der Menschen anderer Kontinente ernst zu nehmen. Die Einbindung der Zivilgesellschaft in die Umsetzung von Politik ist eine der Voraussetzungen dafür.

Österreichs eigene Verantwortung wahrnehmen

Wir Grüne wollen, dass Österreich seine außenpolitische Verantwortung wieder stärker wahrnimmt und nicht nur die Interessen Österreichs als Ziel der Außenpolitik betrachtet. Unser Ziel ist eine aktive österreichische Außen- und Entwicklungspolitik, die den Schutz und die Förderung von Menschenrechten als Basis hat, sowie das Völkerrecht und das Prinzip des Multilateralismus betont. Das bedeutet für uns Grüne, sich auf internationaler Ebene verstärkt für Demokratie, globale Rechtsstaatlichkeit und die Ermächtigung der Menschen, besonders von Frauen, stark zu machen.

Wir Grüne wollen, dass Österreich eine Reform der Vereinten Nationen im Sinne des Vorschlags von UN-Generalsekretär Kofi Annan aktiv unterstützt. Die Europäische Union sollte im Zuge dessen einen gemeinsamen Sitz im UNO-Sicherheitsrat bekommen.

Wir Grüne wollen eine Außenpolitik, in der sich Österreich im Sinne einer aktiven Friedenspolitik engagiert und die vorrangig Friedenssicherung, Krisenprävention und Konflikttransformation beinhaltet.



Über dieses Wahlprogramm hinaus haben wir Grüne Konzepte entwickelt, die Österreich in den kommenden acht Jahren hin zu mehr Lebensqualität, Gerechtigkeit und Freiheit verändern sollen. Als Beispiel seien hier die konkretere Darstellung unserer Konzepte zur Grünen Energiewende im „Energie- und Klimaschutzprogramm“ oder unser neues Umweltprogramm genannt.

Mehr Informationen dazu erhalten Sie unter:
E-Mail: dialogbuero@gruene.at
Grünes Dialogbüro, Lindengasse 40, 1070 Wien
Tel.: +43 (1) 5226969 und +43 (1) 52125239
Website: www.gruene.at

